Neue Zürcher Zeitung

Der andere Blick

von Beatrice Achterberg

Redaktorin der «Neuen Zürcher Zeitung»

Lieber Herr Stobbe

Heute geht es um deutsche Kulturkämpfer und die dunkle Geschichte des Dirndls. Doch zunächst zum Kommentar.

Neue Zürcher Zeitung

Sichern Sie sich jetzt 1 Monat für 1 Euro

Jetzt abonnieren

Thema des Tages: Letzte Chance für Olaf Scholz

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise im Herbst 2015: In Berlin sitzen vier Männer vor Containern, die als Unterkunft herhalten.

Gregor Fischer / EPA

Man gebe zwei Wörter in eine Suchmaschine des Vertrauens ein: «Landrat» und «Flüchtlinge». Die Ergebnisse illustrieren die Notlage, in der sich Deutschlands Kommunen befinden. Ob im bayrischen Oberallgäu, im sächsischen Görlitz oder im norddeutschen Greifswald: Landauf, landab klagen Landräte jeder Partei ihr Leid. Die schiere Menge an Menschen aus anderen Ländern sei nicht mehr würdig unterzubringen, sagen sie. Gerade erst gab das Berliner Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten zu Protokoll, dass auch die Hauptstadt «quasi null» freie Kapazitäten übrig habe. Und die Ampelregierung? Sie bewegt sich allenfalls in Trippelschritten. Das ist fatal.

Dabei kann niemand in politischer Verantwortung behaupten, vom Zustrom der Migranten überrascht zu werden. Bereits im vergangenen Jahr schlugen die Kommunen Alarm. Offene Briefe an Kanzler Olaf Scholz und seine Innenministerin Nancy Faeser folgten, sie blieben aber ohne Antwort. Die sozialdemokratisch geführte Ampelkoalition scheint der Überzeugung zu sein, dass der Umgang der früheren Regierungen unter der Führung von Angela Merkel mit der ungeregelten Migration auch heute noch der richtige ist: Weltoffenheit predigen und hoffen, dass andere Länder den Zustrom irgendwie begrenzen.

Nancy Faesers Zickzackkurs

Die Folgen der Berliner Ignoranz bekommen nicht nur Deutschlands Kommunen zu spüren. Sie lassen sich auch auf Lampedusa beobachten. Wie unter einem Brennglas zeigt sich auf der italienischen Mittelmeerinsel die gescheiterte europäische Asylpolitik. Mitte September erreichten in drei Tagen etwa 10 000 vornehmlich männliche Migranten die Insel mit ihren 6500 Einwohnern. Dort wollten die Männer aus Mali, Ghana und dem Sudan nicht lange bleiben, sondern weiterziehen. Grösster Magnet des Kontinents bis heute: Deutschland.

In Berlin begab sich die Regierung derweil auf einen munteren Zickzackkurs. Erst hiess es, die freiwillige Aufnahme von Migranten aus Italien werde gestoppt. Dann deutete Innenministerin Faeser das Gegenteil an: es sei schliesslich «klar, dass wir unseren solidarischen

Verpflichtungen auch nachkommen». Und nur einen Tag darauf folgte eine abermalige Korrektur: Deutschland bleibe beim Nein, zumindest vorerst.

Die Innenministerin steht wie kein zweites Regierungsmitglied für den deutschen Unwillen, der ungeregelten Migration ernsthaft Einhalt zu gebieten. Die vielen Bitten der Bundespolizei, den Grenzschutz endlich zu verschärfen und das Personal aufzustocken, überhört sie mit grosser Nonchalance. Und so passieren weiterhin jeden Tag unzählige Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung die Grenze, vor allem im deutsch-tschechischen Gebiet. Das Signal, das hiervon in die Welt geht, ist eindeutig: In die Bundesrepublik kann man beinahe ungehindert hineinspazieren – und wer einmal da ist, hat gute Aussichten, zu bleiben.

«Gebot der Menschlichkeit»

Der Kanzler übt sich derweil im Aussitzen. Jüngst betonte Olaf Scholz, es «sei ein Gebot der Menschlichkeit, Frauen und Männer auf der Flucht vor Krieg und politischer Verfolgung aufzunehmen». Das ist natürlich richtig, aber nur die halbe Wahrheit: Längst nicht alle, die sich auf den Weg nach Deutschland machen, fliehen vor Krieg oder politischer Verfolgung.

Tatsächlich funktioniert die von Angela Merkel vorgelebte Taktik des Aussitzens nicht mehr. Die Kanzlerpartei SPD ist in den Umfragen mittlerweile auf 16 Prozent abgerutscht. Die AfD erreicht dagegen immer neue Höchstwerte, zuletzt lag sie bei 23 Prozent. Die Rechtsaussenpartei profitiert am stärksten von der Tatenlosigkeit der «Ampel».

Wie weiter? Die FDP fordert schon länger und mit zunehmend scharfen Worten einen Kurswechsel. Und auch ein Teil der mitregierenden Grünen scheint den Ernst der Lage allmählich zu erkennen. Die Parteichefin Ricarda Lang richtete jüngst überraschend klare Worte an die Innenministerin. Man erwarte von Faeser «endlich Fortschritte» bei den im Koalitionsvertrag vereinbarten Rückführungsabkommen. Das hatte man so noch nicht gehört. Hier sprach die Co-Vorsitzende einer Partei, die sich lange geweigert hat, die Liste der sicheren Herkunftsländer zu erweitern, und die bitter nötigen Asylrechtsverschärfungen auf EU-Ebene stets sehr kritisch kommentiert

Kommentar.

Doch solange der Kanzler die Notwendigkeit eines Neustarts nicht erkennen will, auch nicht an der Spitze des Innenministeriums, so lange wird das Drängen seiner Koalitionspartner heisse Luft bleiben – zum Schaden nicht nur des Landes, sondern des Kontinents. Ganz Europa braucht eine migrationspolitische Kehrtwende in Deutschland. Andernfalls droht der Kontrollverlust – von den überforderten Kommunen der Bundesrepublik bis zur überrannten Mittelmeerinsel Lampedusa – zum Dauerzustand zu werden.

Die Regierungszeit von Olaf Scholz, der selbst fest mit seiner Wiederwahl rechnet, dürfte in dem Fall bald enden.

ANZEIGE

8 % Rabatt auf alle Zigarettenmarken + CHF 30 für Neukunden

Im offiziellen k kiosk Online-Tabakshop erhältst du ab der dritten Stange 8 % Rabatt auf alle bekannten Zigarettenmarken. Zusätzlich erhalten Neukunden mit dem Code "SUMMEREND23_NL" CHF 30 (ab CHF 120) geschenkt. Jetzt bestellen & bereits morgen geliefert!

Meine Highlights aus der «Neuen Zürcher Zeitung»

Der britische Unterhaltungskünstler Russell Brand.

James Manning / AP

- **Comedian mit dunkler Vergangenheit?** Jahrelang kam Russell Brand beim Publikum blendend an. Nun werden dem Briten Missbrauch, versuchte Vergewaltigung und sexuelle Nötigung vorgeworfen. Zum Bericht
- **Friedrich Merz gegen den Elfenbeinturm.** «Nicht Kreuzberg ist Deutschland, Gillamoos ist Deutschland», sagte der CDU-Chef kürzlich in einer Bierzelt-Rede. Es folgte eine sehr aufgeregte Debatte. Merz' Kritiker übersähen dabei, dass sie selbst einen Kulturkampf führten, schreibt unser Feuilletonchef. Zum Kommentar
- **Befreit das Dirndl!** Seit Jahrzehnten greifen Frauen pünktlich zum Oktoberfest auf das Trachtenkleid zurück. Doch das beliebte Kleidungsstück hat eine dunkle Vergangenheit. Zum Kommentar

Gefällt Ihnen «Der andere Blick»? Dann leiten Sie diesen Newsletter an Ihre Freunde weiter.

Haben Sie diesen Newsletter von einem Freund erhalten? Melden Sie sich hier für den werktäglichen Newsletter «Der andere Blick» an.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ihre Beatrice Achterberg

Ihre Beatrice Achterberg

Neue Zürcher Zeitung

Alle NZZ-Newsletter im Überblick

Diesen Newsletter abbestellen